

# KfW-Speicherförderung läuft zum Jahresende aus

pv-magazine, 06. November 2015

Gegen die Empfehlung der wissenschaftlichen Berater will das Bundeswirtschaftsministerium nun die Förderung für Batteriespeicher bei kleinen Photovoltaik-Anlagen beenden. Dies bestätigte das Bundeswirtschaftsministerium nun pv magazine. Es hat den Wirtschaftsausschuss in dieser Woche darüber informiert, dass alle mit dem Programm verbundenen Ziele erreicht wurden.

Das Bundeswirtschaftsministerium evaluierte seit Monaten die im Mai 2013 angelaufene KfW-Speicherförderung im Zusammenhang mit kleinen Photovoltaik-Anlagen. Erst am Mittwoch veröffentlichte die wissenschaftlichen Regierungsberater der RWTH Aachen ihre Empfehlungen. Sie lauteten, die Speicherförderung zu verlängern und zwar mit kleinen technischen Anpassungen. Das Bundeswirtschaftsministerium hat sich nun anscheinend dagegen ausgesprochen. In einem Brief, der pv magazine vorliegt, informierte das Bundeswirtschaftsministerium am Donnerstag den Wirtschaftsausschuss des Bundestages, über seine Entscheidung.

"Ziel des Programms war es, die Marktentwicklung von stationären Batteriespeichersystemen anzuschieben, ihre Technologieentwicklung zu beschleunigen sowie die Kosten zu senken, um die PV-Batteriespeicher für Verbraucher interessanter zu machen. Diese Zielerreichung wurde festgestellt und die Ziele des Programms damit erreicht. Auch der Anfang Juli veröffentlichte erste Monitoringbericht bestätigt, dass diese Ziele erreicht wurden", erklärte eine Sprecherin des Ministeriums auf Anfrage von pv magazine. Die Preise für Bleibatterien seien innerhalb eines Jahres um 11 Prozent und für Lithium-Ionen-Batterien um 18 Prozent gefallen. Die beobachtete Preisentwicklung folge einer typischen Lernkurve, das bedeute bei einer Verdopplung des Produktionsvolumens fielen die Preise um 10 bis 20 Prozent.

Die Wissenschaftler der RWTH Aachen haben der Speicherförderung einen großen Nutzen attestiert. Sie empfahlen der Bundesregierung, das Programm mit leicht angepassten technischen Rahmenbedingungen weiterzuführen. Dies sei „eine geeignete Maßnahme zur verbesserten Integration dezentraler Speicher“ in das Energiesystem. Die Wissenschaftler des Instituts für Stromrichtertechnik und Elektrische Antriebe (ISEA) zeigten sich auch davon überzeugt, dass Speichersysteme für Photovoltaik-Anlagen sich mittelfristig wirtschaftlich selbst tragen und im Stromnetz etablieren würden.

Im März 2015 waren nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums rund 17.000 Speichersysteme für Photovoltaik-Anlagen in Deutschland installiert. Seit Einführung der KfW-Speicherförderung im Mai 2013 seien etwa 13.600 Förderzusagen ausgesprochen worden. Rund die Hälfte der neu in Deutschland installierten Batteriespeicher insgesamt hätten mittlerweile eine Förderung erhalten, hieß es beim Ministerium weiter. Der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar) forderte kürzlich noch eine einmalige Verlängerung der KfW-Speicherförderung um drei Jahre.

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) sieht die Förderung im Widerspruch zur gerade im Kabinett beschlossenen Strommarktreform, berichtet die "Süddeutsche Zeitung". Dort lege er mehr Wert auf Preissignale, was sich mit Förderprogrammen für eine Technologie nicht vereinbaren lasse. Außerdem habe das Förderprogramm sein Ziel erfüllt und die Markteinführung systemdienlicher Speicher erfolgreich unterstützt habe.

Das Bundeswirtschaftsministerium betonte gegenüber pv magazine, dass es im Zuge seines Energieforschungsprogramms die Entwicklung von Speichertechnologien ebenfalls fördere. Im vergangenen Jahren hätten die für verschiedene Programme bestimmten Mittel bei durchschnittlich 40 Millionen Euro gelegen, so die Sprecherin.

Befürworter der Speicherförderung haben in der Vergangenheit betont, dass sich die Netzdienlichkeit noch weiter erhöhen lasse, indem die maximale Einpeiseleistung geförderter Speicher von derzeit 60 Prozent der Photovoltaik-Nennleistung weiter abgesenkt wird. Auch die neuste Agora-Studie sieht den großen Nutzen netzdienlicher Speichersysteme bei einem "technisch und ökonomisch" möglichen Ausbauszenario für Photovoltaik von 150 Gigawatt. Anlagen mit ungeforderten Solarspeichern dürfen wie jede neu errichtete Photovoltaik-Anlage bis zu 70 Prozent der Photovoltaik-Nennleistung einspeisen. Die Chance, mit der Förderung die Betreiber zu einer Absenkung und höherer Netzdienlichkeit zu bewegen, scheint damit vertan. (Sandra Enkhart/Michael Fuhs)

## **Munter rumregieren ohne Daten und Hirn**

pv-magazine, 06. November 2015 | Karl-Heinz Remmers

Peng! Die Speicherförderung ist dann mal wieder weg. Es verlautet aus dem politischen Umfeld, dass Urban Rid und Rainer Baake aus dem Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) selbst die weitere Förderung als nicht sinnvoll erachtet und damit die Tür zugeschlagen haben.

Bizarr ist einmal mehr, dass noch am 3. November der BMWi-Staatssekretär Beckmayer mit Daimler-Vorstand Zetsche den Spatenstich für die wegweisende Nutzung von Altbatterien aus Elektrofahrzeugen gab. SPD-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hatte kurzfristig abgesagt: Aber vielleicht war ihm ja das zu peinlich, vor dem Hintergrund des kommenden AUS für die Förderung.

Dabei ist in Sachen der Altbatterien die Förderung nicht relevant, aber schon die Rahmensetzung (= die gibt es eigentlich nicht) und das Signal in Sachen Technologieförderung.

Das lautet nämlich: "Danke, Ihr Deppen, dass Ihr viel Geld für stationäre Speicherentwicklung und Produktion in Deutschland in die Hand genommen habt. Unterstützen tun wir Euch nicht weiter - weder mit Geld noch mit Hirn, um gescheite Rahmenbedingungen für die neue Energiewirtschaft zu schaffen. Denn wir kapiere nicht, was sich da tut."

### **Ich sage dazu mal: Ohne Worte.**

Stattdessen machen wir mal munter ein Digitalisierungsgesetz, obwohl fast die gesamte Energiebranche davor warnt oder es sogar mit drastischen Worten ablehnt. An die Hacker da draußen: Viel Spaß beim Schlachtfest der Smart Meter (das ist kein Aufruf zu Straftaten!).

Auch hier fehlen mir die Worte wie man mit blanken Aktionismus vollkommen unreife Gesetzeswerke, die wirklich gefährlich sind, einfach macht.

Eigentlich noch besser sind unfassbaren falschen Einschätzungen, welche die Bundesregierung wie ein Monstranz vor sich herträgt: So werden 40 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien für 2025 als Ziel genannt, verbunden mit allerlei zugehörigen Kosten, Berechnungen oder auch Konzepten für den Umgang mit der bisherigen Stromversorgung.

Nun werden es schon dieses Jahr wohl 33 Prozent (nach 27 Prozent 2014). Und nein: Daran ist nicht nur das Wetter schuld. Sondern der massive Zubau von Wind onshore und in Kürze dann auch das massive Zuwachsen von Seiten Wind offshore.

Ich glaube, dass wir schon 2018 die 40 Prozent schaffen - sieben Jahre früher als die Regierung glaubt. "Glauben heißt nicht wissen", hat mein Physiklehrer immer gesagt. Was auch wieder besonders bizarr ist, denn jeder kann leicht nachrechnen was eben mehr als vier Gigawatt Windzubau onshore plus die lange in Arbeit befindlichen Offshore-Windparks so bringen.

Es sei denn, man glaubt noch immer die Märchen der ewig gestrigen, nach denen Wind onshore ja nix bringt. Dann rechnet man natürlich komplett falsch und oh weh: Die EEG-Umlage steigt wieder. Und noch mehr oh weh: Die Netze!

**Am Ende heißt es dann wieder die Erneuerbaren seien schuld.**

Nein: Die Regierung ist schuld, wenn sie nicht einmal 1+1+1 zusammenzählen kann oder will.

Und die Murkserei wird auf der gesamten Ebene der Energiewende immer grotesker. Nahezu täglich. Wir tragen übrigens auch weiterhin als Energiebranche jeden Tag munter zum Murks bei.

Die einen träumen von der Energierevolution über Nacht, sind aber nicht einmal in der Lage, Papiere zwischen Wind, Sonne und Bioenergie abzustimmen. Und die anderen glauben noch immer, dass last minute die Kernkraftwerke länger laufen dürfen. Oder ein weißer Ritter kommt, und die Kohle in eine glänzende Zukunft führt. Dazu muntere Kakophonie zu Netzen, Digitalisierung, Speichern und so weiter.

Wenn wir es nicht bald schaffen, eine echte und starke Stimme aller zu formieren die die Energiewende professionell umsetzen wollen - aus der ganzen Energiewelt -, dann wird das Murksen so weitergehen. Denn bei allem Ärger ist in einer Demokratie die Regierung immer auch ein Spiegel der Bevölkerung bzw. der Interessensgruppen und deren Auftreten.